

Ausservertragliches Haftpflichtrecht

von

Heinz Rey

Professor an der Universität Zürich

3. überarbeitete und ergänzte Auflage

Schulthess  2003

Inhaltsverzeichnis

I. TEIL: EINFÜHRUNG IN DIE GRUNDLAGEN

§ 1	Begriff und Funktionen des ausservertraglichen Haftpflichtrechts	3
	I. Zum Begriff «ausservertragliches Haftpflichtrecht»	3
	II. Funktionen des Haftpflichtrechts	4
§ 2	Grundlagen der Schadensabwälzung	7
	I. Der Grundsatz «casum sentit dominus» und seine Ausnahmen	7
	II. Verschuldensprinzip	7
	1. Allgemeines	7
	2. Objektivierung des Verschuldensprinzips	8
	3. Bedeutungsverlust des Verschuldensprinzips	8
	III. Haftungstatbestände	9
	1. Übersicht	9
	A. Traditionelle Haftungstatbestände	9
	B. Vertrauenshaftung	10
	2. Verhältnis zwischen den Haftungstatbeständen - Anspruchskonkurrenz	11
	IV. Haftungsprinzipien (Haftungsgründe) und Motivierung - Zurechnungskriterien	13
§ 3	Haftungsarten	15
	I. Verschuldenshaftung	15
	II. Kausalhaftungen	16
	1. Merkmale	16

2. Kategorien der Kausalhaftungen	18
A. Einfache (gewöhnliche, milde) Kausalhaftungen	18
B. Gefährungshaftungen	19
C. Kausale Freistellungshaftungen	21
III. Anhang: Staats- und Beamtenhaftung	21
1. Staats- und Beamtenhaftung nach öffentlichem Recht	22
A. Allgemeines	22
B. Grundstrukturen der Staats- und Beamtenhaftungen	24
C. Haftungsvoraussetzungen	25
2. Staats- und Beamtenhaftung nach Privatrecht	28
A. Allgemeine Voraussetzungen	28
B. Haftungsarten und einzelne Haftungsbestimmungen	29
C. Speziell: Haftung nach Privatrecht bei «gewerblichen» Verrichtungen durch öffentliche Beamte und Angestellte (Art. 61 Abs. 2 OR)	30
 2. TEIL: ALLGEMEINE VORAUSSETZUNGEN DER AUSSERVERTRAGLICHEN HAFTPFLICHT UND VERSCHULDENSHAFTUNG	
§ 4 Schaden	35
I. Zum Schadensbegriff	37
1. Der vorherrschende klassische Schadensbegriff	37
2. Neuere Tendenzen in der begrifflichen Erfassung des Schadens	41
A. Allgemeines	41
B. «Normativer» Schadensbegriff	41
C. Teilweise ökonomisch strukturierter Schadensbegriff	42
a. Ökonomische Komponenten des Schadensbegriffs aufgrund der «Kommerzialisierungsthese» und der «Frustrationsthese»	42

b.	Ökonomisch strukturierter Schadensbegriff auf der Grundlage der «ökonomischen Analyse des Rechts» (ÖAR)	43
II.	Schadensarten und Schadensberechnung	45
1.	Allgemeines	45
A.	Erfordernis der Unterscheidung zwischen einzelnen Schadensarten (Bildung von Schadenskategorien)	45
B.	Schadensberechnung	46
a.	Begriff und Anwendungsgrundsätze	46
b.	Schadensberechnung als Grundlage der Schadenersatzbemessung	48
c.	Speziell: Vorteilsanrechnung (Vorteilsausgleichung)	48
d.	Zeitpunkt der Schadensberechnung	50
2.	Personenschaden	50
A.	Zum Begriff	50
B.	Erscheinungsbilder	51
a.	Körperverletzung	51
b.	Tötung	52
C.	Schadensposten bei Körperverletzung	52
a.	«Kosten» (Art. 46 Abs. 1 OR)	52
b.	Finanzielle Nachteile infolge von Arbeitsunfähigkeit (Art. 46 Abs. 1 OR)	53
aa.	Allgemeines	53
bb.	Vortübergehende Arbeitsunfähigkeit	54
cc.	Dauernde Arbeitsunfähigkeit (Invaliditätsschaden)	55
dd.	Erschwerung des wirtschaftlichen Fortkommens	57
ee.	Haushaltschaden	58
ff.	Rentenschaden	59
gg.	Pflege- und Betreuungsschaden	59
hh.	Zur Ausgestaltung des Schadenersatzes (Rente oder einmalige Kapitalzahlung)	60
ii.	Rektifikationsvorbehalt und Vorbehalt nachträglicher Schadenersatzklage	61
c.	Sonderproblem: Verlust eines paarigen Organs und Hirnschädigung	62
D.	Schadensposten bei Tötung	63
a.	Allgemeines	63
b.	Bestattungskosten	63
c.	Kosten versuchter Heilung und Nachteile infolge der Arbeitsunfähigkeit vor dem Tode	64

d.	Versorgerschaden	64
aa.	Allgemeines	64
bb.	Voraussetzungen	65
cc.	Umfang des Versorgerschadens	66
dd.	Abzüge	68
ee.	Berechnung des Versorgerschadens	70
ff.	Form des Schadenersatzes	70
E.	Sonderfall: Haushaltschaden als «normativer Schaden»	70
3.	Sachschaden	71
A.	Zum Begriff	71
B.	Schadensposten	72
a.	Schadensposten bei unmittelbaren Schäden	72
b.	Schadensposten bei mittelbaren Schäden	72
aa.	Allgemeines	72
bb.	Verlust von Nutzungsvorteilen	73
C.	Berechnung	74
a.	Subjektive Berechnung	74
b.	Objektive Berechnung	75
D.	Form des Schadenersatzes	76
4.	«Übriger» Schaden	77
5.	Mittelbarer und unmittelbarer Schaden	77
6.	Damnum emergens und lucrum cessans	79
7.	«Direkter» Schaden und Reflexschaden	80
A.	«Direkter» Schaden	80
B.	Reflexschaden	81
a.	Grundsatz: Keine Haftung für Reflexschäden	81
b.	Ausnahmen	81
aa.	Versorgerschaden	81
bb.	Widerrechtlich verursachter Reflexschaden durch Verletzung einer aufgrund ihres Schutzzweckes besonderen Verhaltensnorm	82
c.	Sonderfall: Drittschadensliquidation	82
8.	Kommerzialisierungs- und Frustrationsschäden als ersatzfähige Vermögensschäden?	84
A.	Ausgangslage	84
B.	Kommerzialisierungsschaden	85

C.	Frustrationsschaden	87
9.	Abgrenzung: Positives und negatives Interesse; Erhaltungs- oder Integritätsinteresse	88
III.	Schadenersatzbemessung	89
1.	Allgemeines	89
2.	Elemente der Schadenersatzbemessung	89
A.	Grösse des Verschuldens des Haftpflichtigen	89
B.	Selbstverschulden	90
C.	Weitere Elemente der Schadenersatzbemessung	94
a.	(Mitwirkender) Zufall	94
b.	Besondere Art des (mitwirkenden) Zufalls: Konstitutionelle Prädisposition	95
c.	Gefälligkeit	96
d.	Besondere wirtschaftliche und soziale Stellung der Parteien	97
aa.	(Drohende) Notlage des Haftpflichtigen	97
bb.	Ungewöhnlich hohes Einkommen des Geschädigten	98
IV.	Abgrenzung: Immaterielle Unbill und Genugtuung	99
1.	Allgemeines	99
A.	Struktur der immateriellen Unbill und Funktion der Genugtuungsleistung	99
B.	Gesetzliche Grundlagen für die Zusprechung einer Genugtuungsleistung	100
2.	Voraussetzungen der Zusprechung einer Genugtuungsleistung	101
A.	Vorliegen immaterieller Unbill (tort moral)	101
a.	Immaterielle Unbill im Zusammenhang mit Körperverletzung und Tötung (Art. 47 OR)	102
b.	Immaterielle Unbill im Zusammenhang mit einer «schweren» Persönlichkeitsverletzung (Art. 49 OR)	103
aa.	«Schwere» Persönlichkeitsverletzung als immaterielle Unbill	103
bb.	Fallgruppen	104
c.	Verhältnis zwischen Art. 47 und 49 OR	106
B.	Kausalzusammenhang	106
C.	Widerrechtlichkeit	106

D.	Verschulden (bei gleichzeitiger Verschuldenshaftung)	107
E.	Weitere Voraussetzungen der Zusprechung einer Genugtuungsleistung	108
a.	«Bewusstsein» des Verletzten	108
b.	Negative Voraussetzungen	109
aa.	Keine andersartige Wiedergutmachung der immateriellen Unbill	109
bb.	Kein stossendes bzw. unbilliges Ergebnis durch Zusprechung einer Genugtuungsleistung (falls zwischen den Beteiligten eine besondere persönliche Beziehung besteht)	109
3.	Bemessung	110
A.	Allgemeines	110
B.	Faktoren	111
a.	Schwere der immateriellen Unbill	111
b.	Schwere des Verschuldens seitens des Haftpflichtigen und Selbstverschulden des Geschädigten	112
c.	Aussicht auf Linderung des Schmerzes	113
d.	Weitere besondere Umstände	113
C.	Massgebender Zeitpunkt für die Bemessung der Genugtuungsleistung und des Genugtuungszinses	113
D.	Kasuistik	114
a.	Genugtuungssummen bei Körperverletzung gestützt auf Art. 47 OR	114
b.	Genugtuungssummen bei Tötung gestützt auf Art. 47 OR	115
c.	Genugtuungssummen an Angehörige eines Schwerverletzten gestützt auf Art. 49 OR	116
d.	Genugtuungssummen an Opfer von sexuellen Handlungen gestützt auf Art. 49 OR	116
4.	Arten der Genugtuungsleistung	116
§ 5	Kausalzusammenhang	119
I.	Natürlicher Kausalzusammenhang	120
II.	Adäquater Kausalzusammenhang	121
1.	Funktionen des (juristischen) adäquaten Kausalzusammenhangs	121

2.	Sogenannte Adäquanzformel	122
3.	Einzelne Aspekte der Adäquanzformel	123
A.	Adäquater Kausalzusammenhang setzt natürliche Kausalität voraus	123
B.	Objektive Betrachtungsweise	124
C.	Ausschluss von seltenen Bedingungsverhältnissen	124
D.	Adäquanz und Zeitfaktor	125
a.	Sogenannte objektiv-nachträgliche Prognose	125
b.	Kein Einfluss des Zeitablaufs	125
E.	Adäquanz entfernter Teilursachen	125
F.	Kritik	126
4.	Abgrenzung: Nicht adäquater (inadäquater) Kausalzusammenhang	127
III.	Unterbrechung des adäquaten Kausalzusammenhangs	128
1.	Ausgangslage	128
A.	Grundsatz	128
B.	Rechtsgrundlagen	129
C.	Vorgehen	129
2.	Bedeutsamste Unterbrechungsgründe	130
A.	Schweres Selbstverschulden	130
B.	Schweres Drittverschulden	131
C.	Höhere Gewalt	132
IV.	Einzelprobleme	133
1.	Zufall als Schadensursache	133
A.	Begriff	133
B.	Haftung für Zufall	133
C.	Besondere Art des Zufalls: Konstitutionelle Prädisposition	134
2.	Kausalität der Unterlassung	135
A.	Grundproblematik	135

B.	Sonderprobleme im Zusammenhang mit der Kausalität der Unterlassung	137
a.	Trennung zwischen natürlichem und adäquatem Kausalzusammenhang	137
b.	Pflichtwidrigkeit der Unterlassung	137
3.	Hypothetische Kausalität	138
A.	Struktur und Bedeutung	138
B.	Fallgruppen	139
a.	Hypothetische Ursache bei Eintritt der realen Ursache bereits wirksam	139
b.	Hypothetische Ursache bei Eintritt der realen Ursache anagemässig vorhanden, aber noch nicht wirksam	140
c.	Inexistente hypothetische Ursache im Zeitpunkt des Eintritts der realen Ursache	141
4.	Konkurrenz von Gesamtursachen	141
A.	Kumulative Konkurrenz von Gesamtursachen	141
B.	Alternative Konkurrenz potentieller Gesamtursachen	142
5.	Konkurrenz von Teilursachen	144
A.	Mehrere Schädiger wirken zusammen	144
B.	Schädiger und Zufall wirken zusammen	145
C.	Schädiger und Geschädigter wirken zusammen	146
6.	Sogenanntes rechtmässiges Alternativverhalten	146
7.	Beweislasterleichterungen	148
§ 6	Widerrechtlichkeit	151
I.	Funktion	152
II.	Grundlagen	153
1.	Objektive Widerrechtlichkeitstheorie (Normwiderrechtlichkeitstheorie)	153
2.	Subjektive Widerrechtlichkeitstheorie	154
III.	Erscheinungsformen der Widerrechtlichkeit	155

1.	Widerrechtlichkeit als Verstoss gegen eine Norm, welche ein absolutes Recht schützt (Verletzung absolut geschützter Rechtsgüter)	155
A.	Absolutes Recht und absolut geschützte Rechtsgüter	155
B.	Absolute Rechte, Rechtsgüter und entsprechende Schutznormen	156
2.	Widerrechtlichkeit als Verstoss gegen eine aufgrund ihres Schutzzwecks besondere Verhaltensnorm	157
A.	Herbeiführung eines Schadens ohne Verletzung eines absoluten Rechts	157
B.	Aufgrund ihres Schutzzwecks <i>besondere</i> Norm (Schutzzwecklehre und sog. Rechtswidrigkeitszusammenhang)	158
IV.	Einzelprobleme	160
1.	Widerrechtliche Vermögensschädigung (sogenannter reiner Vermögensschaden)	160
2.	(Widerrechtliche) Verletzung relativer Rechte	162
3.	Verletzung des Grundsatzes von Treu und Glauben (Art. 2 Abs. 1 ZGB)	163
4.	Unrichtige Rat- oder Auskunftserteilung	164
5.	Schädigendes Verhalten im Verfahren	165
A.	Prozess- und Verwaltungsverfahren	165
a.	Einleitung ungerechtfertigter prozessualer Massnahmen	166
b.	Erwirken eines falschen Entscheids	166
B.	Betreibungsverfahren	167
V.	Exkurs: Die fünf Grundschutznormen (Lehre von MAX KELLER)	167
1.	Grundlagen	167
2.	Insbesondere Art. 2 ZGB als Grundschutznorm	168
A.	Widerrechtlichkeit wegen Verstosses gegen Treu und Glauben aufgrund eines prozessualen oder verfahrensrechtlichen Verhältnisses	168

B.	Widerrechtlichkeit wegen Verstosses gegen Treu und Glauben aufgrund eines Vertragsverhandlungsverhältnisses (culpa in contrahendo)	169
C.	Widerrechtlichkeit wegen Verstosses gegen Treu und Glauben durch unrichtige ausservertragliche Auskunft oder Raterteilung	169
D.	Widerrechtlichkeit wegen Verstosses gegen Treu und Glauben durch Inverkehrbringen von Urkunden oder anderen Schriftstücken	169
E.	Vervollständigung der Konkretisierung der rechtlichen Sonderverbindung durch Bildung weiterer Fallgruppen	169
VI.	Gefahrensatz	169
VII.	Rechtfertigungsgründe	171
1.	Allgemeines	171
2.	Einzelne Rechtfertigungsgründe	172
A.	Rechtmässige Ausübung öffentlicher Gewalt (Amtspflicht)	172
B.	Besondere privatrechtliche Befugnisse	172
C.	Einwilligung des Betroffenen	173
a.	Allgemeines	173
b.	Voraussetzungen der gültigen Einwilligung	174
c.	Sonderfälle	174
aa.	Einwilligung in ärztliche Eingriffe	175
bb.	Einwilligung bei Sportverletzungen	176
D.	Notwehr, Notstand und Selbsthilfe	177
a.	Notwehr (Art. 52 Abs. 1 OR)	177
b.	Notstand (Art. 52 Abs. 2 OR)	178
c.	Selbsthilfe (Art. 52 Abs. 3 OR)	179
VIII.	Die der Widerrechtlichkeit bei «absichtlicher» Schadensherbeiführung gleichgestellte Sittenwidrigkeit (Unsittlichkeit, Art. 41 Abs. 2 OR)	180
1.	Grundlagen	180
2.	Anwendungsfälle	182

A.	Qualifizierte Verleitung zum Vertragsbruch	182
B.	Sittenwidrige Abreden im Zusammenhang mit einer Versteigerung	182
C.	Weitere Fälle	183
§ 7	Verschuldenshaftung	185
I.	Begriff und Bedeutung des Verschuldens	185
1.	Begriff	185
2.	Bedeutung	186
II.	Subjektive Komponente des Verschuldens: Urteilsfähigkeit	187
1.	Bedeutung der Urteilsfähigkeit für die Haftpflicht	187
A.	Grundsatz	187
B.	Ausnahmen	187
a.	Billigkeitshaftung des Urteilsunfähigen	187
b.	Haftung bei vorübergehender Urteilsunfähigkeit	188
c.	Analoge Anwendung von Art. 54 OR auf den Urteilsunfähigen als Geschädigten	189
2.	Kriterien zur Feststellung der Urteilsfähigkeit	189
III.	Objektive Komponente des Verschuldens: Vorsatz oder Fahrlässigkeit	191
1.	Vorsatz	191
2.	Fahrlässigkeit	192
A.	Begriff und dessen Problematik	192
a.	Objektivierter Fahrlässigkeitsbegriff	192
b.	Konsequenzen aus der Objektivierung des Fahrlässigkeitsbegriffs	193
c.	Kritik	195
B.	Arten	196
a.	Grobe Fahrlässigkeit	196
b.	Gewöhnliche (mittlere oder mittelschwere) Fahrlässigkeit	197
c.	Leichte Fahrlässigkeit	197
C.	Hilfsmittel zur Feststellung der Fahrlässigkeit	198
a.	Gefahrensatz	198

b.	Weitere Hilfsmittel	199
aa.	Verletzung von polizeilichen Vorschriften	199
bb.	Behördliche Genehmigungen und Bewilligungen	200
cc.	Nachträglich getroffene Schutzmassnahmen	200
dd.	Frühere Schadensereignisse	200

3. TEIL: KAUSALHAFTUNGEN

§ 8	Einfache («gewöhnliche») Kausalhaftungen	203
I.	Geschäftsherrenhaftpflicht (Art. 55 OR)	205
1.	Wesen und Bedeutung	205
2.	Voraussetzungen	206
A.	Geschäftsherr und Hilfsperson (Subordinationsverhältnis)	206
B.	Geschäftliche Verrichtung	209
C.	Misslingen des Sorgfalts- oder Befreiungsbeweises	210
a.	Zum Sorgfaltsbeweis	211
b.	Zum Beweis fehlender Kausalität der Sorgfaltspflichtverletzung	214
3.	Art. 55 OR und Produktehaftpflicht	215
4.	Rückgriff des Geschäftsherrn (Art. 55 Abs. 2 OR)	217
5.	Verhältnis von Art. 55 OR zu Art. 101 OR	218
6.	Verhältnis von Art. 55 OR zu Art. 55 Abs. 2 ZGB	219
II.	Tierhalterhaftpflicht (Art. 56 OR)	220
1.	Wesen und Bedeutung	220
2.	Voraussetzungen	222
A.	Tierhalter	222
B.	«Selbständige» Aktion des Tieres (Schadensverursachung aus «eigenem» Antrieb)	225
C.	Misslingen des Sorgfalts- oder Befreiungsbeweises	228
III.	Werkeigentümerhaftpflicht (Art. 58 OR)	229

1. Wesen und Bedeutung	230
2. Voraussetzungen	231
A. Überblick	231
B. Gebäude und andere Werke	231
a. Stabilität	232
b. Künstliche Herstellung	234
c. Vollendetes Werk	235
C. Werkmangel	235
a. Arten von Werkmängeln	236
aa. Fehlerhafte Anlage oder Herstellung	236
bb. Mangelhafter Unterhalt	237
b. Kriterien zur Beurteilung der Mangelhaftigkeit	237
aa. Zweckbestimmung des Werks	237
bb. Objektiver Massstab	238
cc. Zumutbarkeit	239
3. Passivlegitimation	239
A. Grundsatz	239
B. Ausnahme: Ausdehnung der Passivlegitimation auf Nichteigentümer	241
4. Einzelprobleme	242
A. Bestimmungswidriger Gebrauch des Werkes	242
B. Haftpflicht des Strasseneigentümers	243
IV. Grundeigentümerhaftpflicht (Art. 679 ZGB)	245
1. Wesen und Bedeutung	245
2. Voraussetzung: Überschreitung des Grundeigentumsrechts	246
3. Aktiv- und Passivlegitimation	249
A. Aktivlegitimation	249
B. Passivlegitimation	250
4. Verhältnis zur Haftung des Werkeigentümers	250
5. Einzelproblem: Schaden durch ausserordentliche und unvermeidliche, aber erlaubte Einwirkung	251

V.	Haftpflicht des Familienhauptes (Art. 333 ZGB)	252
	1. Wesen und Bedeutung	252
	2. Voraussetzungen	254
	A. Die Stellung als «Familienhaupt»	254
	B. Schadensverursachung durch aufsichtsbedürftige Hausgenossen	255
	C. Misslingen des Sorgfalts- oder Befreiungsbeweises	257
	a. Sorgfaltsbeweis	257
	b. Beweis fehlender Kausalität der Sorgfaltspflichtverletzung	258
VI.	Produktehaftpflicht nach PrHG	259
	1. Wesen und Entstehungsgeschichte	260
	2. Voraussetzungen	261
	A. Personen- oder Sachschaden	262
	a. Personenschaden	262
	b. Sachschaden	263
	aa. Einschränkung: Relevanter Sachschaden nur bei «privatem» Gebrauch oder Verbrauch	263
	bb. Ausschluss der Geltendmachung von Bagatellschäden (Selbstbehalt)	263
	cc. Abgrenzung: Schäden am fehlerhaften Produkt	264
	B. Schadensverursachung durch ein fehlerhaftes Produkt	264
	a. Zum Begriff «Produkt»	264
	b. Fehlerhaftigkeit des Produkts	266
	aa. Enttäuschung berechtigter Sicherheitserwartungen	266
	bb. Fehlertypen	269
	cc. Sonderproblem: Wirkungsloses Produkt	269
	3. Subjekt der Haftpflicht	270
	4. Entlastungsgründe	271
	A. Fehlendes Inverkehrbringen	271
	B. Kein Fehler zum Zeitpunkt des Inverkehrbringens	272

C.	Herstellung zu privaten Zwecken	273
D.	Herstellung des Produkts nach verbindlichen, hoheitlich erlassenen Normen	273
E.	Entwicklungsrisiken	274
F.	Entlastungsbeweis des Grundstoff- oder Teilproduktherstellers	275
a.	Fehlerhafte Konstruktion des Endprodukts	275
b.	Herstellung nach Anleitung	275
5.	Einzelfragen	276
A.	Mehrere Haftpflichtige	276
B.	Wegbedingung der Haftung	277
C.	Verjährung und Verwirkung	277
a.	Die dreijährige Verjährungsfrist (relative Frist)	277
b.	Die zehnjährige Verwirkungsfrist	278
D.	Verhältnis zu anderen gesetzlichen Bestimmungen - Anspruchskonkurrenz	278
E.	Übergangsrecht	279
§ 9	Gefährdungshaftungen	281
I.	Wesen der Gefährdungshaftungen	281
II.	Überblick über die gesetzlichen Regelungen	283
III.	Die Haftpflicht des Motorfahrzeughalters (Art. 58 Abs. 1 SVG)	285
1.	Wesen und Bedeutung	285
2.	Gesetzliche Grundlagen	286
3.	Voraussetzungen	286
A.	Personen- oder Sachschaden	286
B.	Verursachung durch den Betrieb eines Motorfahrzeugs	287
a.	«Motorfahrzeug» im Sinne des SVG	287
b.	«Betrieb» eines Motorfahrzeugs	288
c.	Spezielle Aspekte beim Kausalzusammenhang zwischen dem Betrieb eines Motorfahrzeugs und dem Schaden	290

C.	Widerrechtlichkeit	290
4.	Ergänzende Haftungstatbestände	291
A.	Haftpflicht für Nichtbetriebs-Verkehrsunfälle (Art. 58 Abs. 2 SVG)	291
B.	Haftpflicht für Schäden infolge Hilfeleistung nach einem Unfall (Art. 58 Abs. 3 SVG)	292
5.	Aktiv- und Passivlegitimation	292
A.	Aktivlegitimation	292
B.	Passivlegitimation	293
a.	Der Halter	293
b.	Der Garagist	296
c.	Der Veranstalter von Rennen	296
d.	Der Strolch	297
e.	Nationaler Garantiefonds	297
f.	Der Kanton	297
6.	Ausschluss und Ermässigung der Haftung	298
A.	Ausschluss der Haftung (Entlastungsgründe)	298
B.	Ermässigung der Haftung	299
7.	Obligatorische Haftpflichtversicherung	301
A.	Versicherungsobligatorium	301
B.	Direktes Forderungsrecht des Geschädigten und Einredenausschluss	301
C.	Rückgriffsrecht des Versicherers	303
IV.	Kernenergiehaftpflicht (Art. 3 KHG)	303
1.	Wesen und Bedeutung	303
2.	Voraussetzungen	304
A.	Nuklearschaden	304
B.	Verursachung durch den Betrieb einer Kernanlage oder durch den Transport von Kernmaterialien	306
a.	Kernanlage	306
b.	Transport von Kernmaterialien	306
C.	Widerrechtlichkeit?	307

3. Aktiv- und Passivlegitimation	307
A. Aktivlegitimation	307
B. Passivlegitimation	307
a. Inhaber der Kernanlage	307
b. Eigentümer der Kernanlage	308
c. Inhaber einer Transportbewilligung	308
d. «Kanalisation» der Haftpflicht	308
e. Subsidiäre Ersatzpflicht des Bundes	309
4. Ausschluss und Ermässigung der Haftung	310
A. Ausschluss der Haftung	310
B. Ermässigung	311
5. Beschränkung der Rückgriffsrechte	311
6. Obligatorische Haftpflichtversicherung	312
V. Einführung eines generellen Gefährdungshaftungstatbestands?	313

4. TEIL: MEHRHEIT VON ERSATZPFLICHTIGEN (SOLIDARITÄT UND REGRESS)

§ 10 Das Rechtsverhältnis zwischen den mehreren Ersatzpflichtigen und dem Geschädigten (sogenanntes Aussenverhältnis) - Grundsatz der Solidarität	317
I. Allgemeines	317
1. Solidarische Haftung mehrerer Ersatzpflichtiger im Interesse des Geschädigten	317
2. Zur Struktur der Solidarität; «echte» und «unechte» Solidarität	319
3. Gesetzliche Grundlagen der (passiven) Solidarität	322
II. Erscheinungsbilder der solidarischen Haftung mehrerer Ersatzpflichtiger gegenüber dem Geschädigten	322
1. Solidarität im Falle des «gemeinsam» verschuldeten Schadens (Art. 50 Abs. 1 OR)	323

A.	Gemeinsame Schadensverursachung als Voraussetzung der Solidarität i.S.v. Art. 50 Abs. 1 OR	323
B.	Gemeinsames Verschulden als Voraussetzung der Solidarität i.S.v. Art. 50 Abs. 1 OR	324
2.	Solidarität im Falle der Haftung mehrerer Ersatzpflichtiger aus «verschiedenen» Rechtsgründen (sogenannte mehrtypische Solidarität)	325
A.	Die in Art. 51 Abs. 1 OR <i>implizit</i> enthaltene Rechtsgrundlage der solidarischen Haftung aus «mehreren» Rechtsgründen	325
B.	Unterschiedliche Kombinationen «verschiedener» Rechtsgründe	326
3.	Solidarität im Falle der Haftung mehrerer Ersatzpflichtiger - unabhängig voneinander - aus dem «gleichartigen» Rechtsgrund (sogenannte eintypische Solidarität)	327
A.	Analoge Anwendung von Art. 51 OR	327
B.	Fallgruppen	328
III.	Sonderproblem: Die Geltendmachung «persönlicher» Herabsetzungsgründe des belangten Solidarschuldners gegenüber dem Geschädigten	330
1.	Allgemeines	330
2.	Meinungsstand in Lehre und (bundesgerichtlicher) Rechtsprechung	331
A.	Die in der Lehre vertretenen Auffassungen	331
B.	Die Rechtsprechung des Bundesgerichtes	333
3.	Lösungsvorschlag de lege ferenda	334
4.	Abgrenzungen	335
§ 11	Das Rechtsverhältnis zwischen mehreren Ersatzpflichtigen unter sich (sogenanntes Innenverhältnis) - der Regress	337
I.	Allgemeines	337

1.	Funktion des Regresses	337
2.	Gesetzliche Bestimmungen über den Regress im ausservertraglichen Haftpflichtrecht	338
3.	Zur Rechtsstellung des Regressberechtigten	339
A.	Rechtsstellung des Regressberechtigten bei Unterscheidung zwischen «echter» und «unechter» Solidarität	339
B.	Rechtsstellung des Regressberechtigten <i>ohne</i> Unterscheidung zwischen «echter» und «unechter» Solidarität	340
II.	Erscheinungsbilder des Regresses unter mehreren Ersatzpflichtigen	341
1.	Regress unter mehreren Ersatzpflichtigen im Falle des «gemeinsam» verschuldeten Schadens (Art. 50 Abs. 2 OR)	341
A.	Regressregelung nach richterlichem Ermessen	341
B.	Beispiele richterlich festgelegter Regressquoten (interne Schadenstragung)	342
2.	Regress unter mehreren Ersatzpflichtigen im Falle ihrer Haftung aus «verschiedenen» Rechtsgründen (Regress bei sogenannter mehrtypischer Solidarität)	343
A.	Die durch Art. 51 OR vorgezeichnete Regressordnung	343
B.	Fallgruppen	344
3.	Regress unter mehreren Ersatzpflichtigen im Falle ihrer Haftung - unabhängig voneinander - aus dem «gleichartigen» Rechtsgrund (Regress bei sogenannter eintypischer Solidarität)	347
A.	Grundlage des Regresses	347
B.	Fallgruppen	348
III.	Exkurs: Die für den Privatversicherer geltende spezialgesetzliche Regressbestimmung von Art. 72 VVG	353
1.	Regress des Versicherers gegen den aus Delikt Haftpflichtigen	353

2. Regress des Versicherers gegen den aus Vertrag Haftpflchtigen	357
---	-----

5. TEIL: VERJÄHRUNG

§ 12 Einleitende Bemerkungen zur Verjährung	361
I. Zur Bedeutung der Verjährung	361
II. Gesetzliche Bestimmungen über die Verjährung ausservertraglicher Schadenersatzansprüche	362
III. Verjährungsverzicht und Verzicht auf die Verjährungseinrede	363
IV. Verjährung von Schadenersatz- und Genugtuungsansprüchen bei Vertragsverletzungen	365
1. Verjährung der Ansprüche des direktgeschädigten Vertragspartners	365
2. Verjährung der Ansprüche der Angehörigen des direktgeschädigten Vertragspartners	365
§ 13 Die einjährige und die zehnjährige Verjährungsfrist (Art. 60 Abs. 1 OR)	367
I. Die einjährige Verjährungsfrist (relative Frist)	367
1. Allgemeines	367
2. Fristbeginn	368
A. Kenntnis vom Schaden	368
B. Kenntnis des Ersatzpflichtigen	371
II. Die zehnjährige Verjährungsfrist (absolute Frist)	372
1. Allgemeines	372
2. Fristbeginn	373
A. Verschuldenshaftung	374
B. Kausalhaftungen	375
III. Das Verhältnis zwischen einjähriger und zehnjähriger Verjährungsfrist	377

§ 14	Anwendbarkeit strafrechtlicher Verjährungsfristen im ausservertraglichen Haftpflichtrecht (Art. 60 Abs. 2 OR)	379
I.	Allgemeines	379
II.	Voraussetzungen der Anwendung strafrechtlicher Verjährungsfristen	380
1.	Strafbare Verhaltensweise	380
2.	«Längere» Dauer der strafrechtlichen Verjährungsfrist	382
3.	Sonderproblem: Anwendbarkeit strafrechtlicher Verjährungsfristen gegenüber «Dritten»	384
A.	Die Berufung auf die «längere» strafrechtliche Verjährungsfrist im Falle einer Organhaftpflicht nach Art. 55 Abs. 2 ZGB	384
B.	Die Berufung auf die «längere» strafrechtliche Verjährungsfrist gegenüber einem Haftpflichtversicherer	386
C.	Die Berufung auf die «längere» strafrechtliche Verjährungsfrist gegenüber den Erben des Schädigers	387
D.	Abgrenzung: Keine Anwendung der längeren strafrechtlichen Verjährungsfrist bei eigenem Fehlverhalten des «Dritten»	388
III.	Zum Verhältnis zwischen zivilrechtlichen und strafrechtlichen Verjährungsfristen	388
§ 15	Die Sonderbestimmung in Art. 60 Abs. 3 OR	391
§ 16	Verjährung der Forderung(en) des Regressberechtigten	393
	Sachregister	397